

Psychoanalyse der Flüchtlingspolitik

Publiziert am 9. Juni 2019 von Wilfried Müller auf <https://www.zum-muendigen-buerger.de>



Inspiziert von Frank Sacco traut sich der altbekannte ZmB-Schreibknecht in andere Gefilde, wo Psychoanalyse auch angebracht scheint. Was sonst könnte dafür erhalten, um die Vergangenheitsbewältigungs-Diskussion in den Griff zu kriegen? (Bild: geralt, pixabay)

Aus der Perspektive der Mitte 20. Jhds. geborenen Bundesdeutschen sieht Vergangenheitsbewältigung so aus (der Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik soll weiter unten begründet werden): Seit frühesten Jugend werden sie mit Schuldvorwürfen konfrontiert ("Nazi-Gen")

und in Sippenhaft genommen. Das erstreckt sich bis in die Literatur, die beim Deutschunterricht der Nachkriegszeit aufgetischt wurde. Die war kaputt und depressiv - da therapierten sich die Autoren unausgesprochenenmaßen von ihren Nazi- und Kriegserlebnissen auf Kosten der Leser.

Dann durften die Betroffenen sich über heftige Steuerzahlungen an der Wiedergutmachung¹ beteiligen. Solange das Geld nicht für Waffen gegen Palästinenser verwendet wurde, ging das gefühlsmäßig in Ordnung - doch wo blieb die Wiedergutmachung von anderen? Die USA für Vietnam? Die Deutschen entwickeln eine ganz spezielle Schuldkultur - wohlgekannt, die Nachkriegsgeneration, die größtenteils unschuldig ist.

Andere taten das auch. Die europäischen Nachbarn schafften es sogar ohne Holocaust, Schuldkomplexe zu entwickeln, wegen historischer Sklaverei, kolonialer Vergangenheit, Unterstützung vom Faschismus². Soweit es wegen der Ausbeutung von Dritte-Welt-Ländern oder dem Überziehen der Region mit Krieg der Fall war, hatte es sogar eine reale Rechtfertigung.

Auf religiöse Schuldzuweisungen trifft nichts dergleichen zu. Dabei reitet die Religion zuallererst auf der Schuldwelle und will uns einreden, wir wären Sünder und müssten Gott um Verzeihung bitten. Die Katholen haben sogar das Äquivalent für die Sippenhaft, die "Ersünde". Der evangelische Gott war bei weitem nicht so schlimm, aber der wird zusehends abgeschafft. Und die Schuld am Juden- und Polen-Massenmord? Die darf man als Nachkriegsdeutscher auch abschaffen. Man will sich ja nicht in Sippenhaft nehmen lassen, und an Erbsünde glaubt eh kaum noch jemand.

Wie steht es nun mit der "besonderen Verantwortung", die uns Deutschen für die Vergangenheit zugeschrieben wird? Damit wir uns selber und alle Welt besonders informieren und mahnen, damit sowas wie der Holocaust nie, nie wieder gemacht wird?

Auch diese Verantwortung darf man getrost ablehnen. Die Sonntagsredner können's gern auf sich nehmen, aber sie sollen andere nicht damit belästigen. Die meisten Leute sind ohnehin menschenfreundlich eingestellt, und sie würden ganz bestimmt nicht tatenlos zusehen, wie neue Pogrome gemacht werden. Das reicht.

Psychoanalyse

Mehr noch, die deutsche Schuldfixierung stellt ein schweres Problem dar - und damit kommt der eigentliche Sinn des Artikels ins Visier. Vor lauter Vergangenheitsbewältigung, Schuldbereitschaft und Wiedergutmachung wird unser Staat in Gefahr gebracht. In abgeschwächter Form gilt das wegen³ für die ganzen EU-Kernländer. Damit setzt die allfällige Psychoanalyse ein.

Wer weiß noch, wie die Open-border-Agenda in Deutschland Macht ergriff? Es ging zufällig, aus einem empathischen Impuls heraus vonstatten. Und dann blieb es so. Dieser "Zufall" hat aber einen Grund, wie darzulegen ist. Er hat was mit Vergangenheitsbewältigung und Schuldbereitschaft zu tun.

Es wurden ja viele Gründe für Grenzöffnung und Willkommenskultur angegeben. Natürlich steht die Empathie im Vordergrund, aber kann und darf sie das bei politischen Entscheidungen? Eher nicht, denn Politik nach Empathie ist willkürlich, und damit das Gegenteil des demokratischen Auftrags. Es wurden ja dann auch eine Menge andere Gründe vorgelegt, warum die Menschen aus Afrika, Arabien und dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten kommen sollten. Die Gründe hielten einer rationalen Überprüfung nicht stand. Frappierend, wie wenig stichhaltig sie sind, "wir brauchen ‚Bestandhaltungsimmigration‘" oder "Grenzen kann man sowieso nicht schließen" oder "es sind alles Flüchtlinge, die nach GG und Asylgesetz aufgenommen werden müssen" oder "die integrieren sich alle" bis "die zahlen unsere Renten."

¹ <https://www.zum-muendigen-buerger.de/?p=704#1>

² <https://www.zum-muendigen-buerger.de/?p=704#12>

³ wie Anmerkung 2

Die Behauptung ist nun, dass es gar nicht die echten Gründe waren, sondern vorgeschobene. Unbewusst oder zumindest uneingestandenmaßen steckt ein anderer Grund hinter der Grenzöffnung für Menschen aus der halben Welt: *"Wir haben einen Schuldkomplex und möchten den an euch therapieren. Die Andersdenkenden sollen das bezahlen, die hassen wir sowieso."*

Was da nämlich passiert, ist ein ungewollter und unbewusster Missbrauch der Schuldbereitschaft durch Überkompensation. Die Sanktionierung von Judenhass wird transformiert in die Verurteilung von einem zunächst einmal gar nicht existenten "Fremdenhass". Darauf baut die Überkompensation auf, dass Fremde aus der ganzen Welt überhaupt erst reingelassen werden, um den Schuldkomplex zu therapieren und den Beweis der Heilung anzutreten.

Dabei werden nicht nur gute Gefühle umgesetzt. Gegenüber den unbekannt Fremden ist die Haltung sehr positiv, gegenüber den Einheimischen ist sie sehr kritisch. Die Einheimischen sollen die Willkommenskultur nicht nur ungefragt bezahlen. Sie dürfen noch nicht mal mitreden, wen sie ins Land lassen und alimentieren sollen. Wenn sie anders denken, werden sie sogar verteufelt; dann sind sie "Fremdenhasser", "Rassisten" und "Nazis".

Die Wortwahl ist bezeichnend und stützt die Hypothese von der Überkompensation. Die Open-border-Politik wurde ja tatsächlich realisiert, und man konnte jahrelang beobachten, wie Vertreter von mittleren und konservativen Standpunkten als "Rechtsradikale" bezeichnet wurden - die *Mitte* wurde *rechtsradikal* genannt.

Das ist eine klare Schiefelage und zeigt, welche Machtposition die linksgrünen Agendasetzer erobert haben. Dass sie eine solche Jahrhundertentscheidung wie die *Grenzöffnung für alle* an der Mehrheit der Bevölkerung vorbei durchdrücken konnten, liegt an den von der Vergangenheitsbewältigung bestellten Feldern. Diese Durchsetzung war eine Bevormundung. Sie hat nicht nur unsinnige Auswirkungen, sie bedeutet eine Gefahr für unseren Staat. Was wurde denn durchgesetzt?

- Die Umsiedlung vom rohstoffreichen großen Afrika usw. ins kleine rohstoffarme überbevölkerte Deutschland.
- Die Schädigung von Quellenland (Fachkräfte fehlen) und Zielland (hier löst sich der Fachkräfte-Status der Zureisenden auf).
- Die Ungerechtigkeit gegenüber fast allen: die vor Ort (gehen leer aus), die hier (werden benachteiligt und zahlen noch dafür). Es profitieren nur die Privilegierten, die es hierher schaffen.
- Und es kommen lauter Judenhasser - ein besonders verrückter Aspekt des Ganzen.

Gefahr

Die Logik ist jetzt, wer die reingeholten Menschen nicht als Wiedergutmachungs-Ziele haben will, wird in die Nähe der Juden-Vernichter geschoben. Der linksgrüne Hass auf diese Andersdenkenden ist so, als ob sie wirklich die Gaskammern anschmeißen wollten. Eine rationale Abwägung der Argumente wird damit verhindert - und das ist eine Gefahr fürs Gemeinwesen.

Denn ein Ausgleich der Positionen wird verwehrt, und die Open-border-Agenda soll bei uns weiterhin durchgesetzt werden, gegen den Willen der deutschen (und europäischen) Mehrheit. Solche Entmündigung kann sich schnell rächen, zumal die Argumente auf Seiten der Grenzöffnungs-Kritiker sind.

Der Praxistest zeigte, dass die Immigranten aus den fremden Kulturen vor allem eins sind: rückständig. Da hapert es nicht bloß an Ausbildung, Alphabetisierung und womöglich Arbeitsethos. Es fehlt an Aufklärung, Emanzipation und Enttabuisierung. Es dominieren repressive Verhaltensweisen, paternalistisches Machotum und menschenverachtende Religionen. Vor allem die Frauen sind nicht frei und selbstbestimmt. Insgesamt ist das eine schwere Bürde, und es wirft die Frage auf: *Wieso sollen solche Menschen auf Dauer hier leben?* Sie werden hier nicht gebraucht, sie passen nicht hierher. Es wäre viel besser, ihnen vor Ort zu helfen. Wenn sie nur Vorteilsuchende sind, haben sie sowieso kein Recht herzukommen. Wenn sie Asylanten oder Kriegsflüchtlinge sind, haben sie nur temporäres Bleiberecht.

Dass sie trotzdem fast alle hier bleiben, und dass das von der linksgrünen Fraktion erbittert verfochten wird, ist nicht legitim und es ist gesellschaftlicher Zündstoff. Wie weit die linksgrüne Vereinnahmung geht, zeigt das Vokabular: "Mob" und "Systemfeinde". Sowa wie besorgte Bürger, die bloß gehört werden möchten, kennt die linksgrüne Agenda nicht. Zu den weiteren Verrücktheiten gehört es, dass den Grünen die Wahlerfolge in den Schoß fallen. Solange sie Open Border vertreten, ist das schädlich. Ohne Differenzierung und Sachlichkeit ist der Rechtsstaat in Gefahr, zumal er nur noch selektiv durchgesetzt wird: Volle Härte gegenüber Einheimischen, nicht aber gegenüber Flüchtlings-Immigranten.

Dass es jetzt Verwerfungen gibt, liegt an der Ignoranz der Politik (die wiederum von der Schuldbereitschafts-Grundstimmung verstärkt wird). Wenn man ihr was im Guten sagt, ignoriert sie das. Einfach bloß weil die Leute was wollen, rührt sich in der Politik überhaupt nichts. Die Leute werden erst gehört, wenn sie Randalen machen. Was in der Gegenwart passiert, ist praktisch Randalen mit Ansage: *unsere Politik hat die Randalen heraufbeschworen.*

Es liegt eine Gefahr darin, gegen die Radikalinskis die rechtlichen Mittel einzusetzen, und gegen den Kontrollverlust bei Zuwanderung und Abschiebung weiterhin nichts zu tun. Durch solche Ungleichgewichte müssen sich die

Protestler herausgefordert fühlen. Die Melange aus fehlgeleiteter Schuldbereitschaft, politischer Ignoranz und leichtfertiger UN- und EU-Bastelei an weltweiten Umsiedlungsaktionen ist eine reale Gefahr.

Na klar gibt es eine Mehrheit gegen Rassismus - wer wäre nicht dagegen? Aber nur eine Minderheit will, dass sich fremde Kulturen hier unkontrolliert ausbreiten und es ihrem Ermessen überlassen sein soll, inwieweit sie sich integrieren. Die Mehrheit ist hilfsbereit, aber sie will andere Formen der Hilfe.

Und sie sieht sich zurecht unter Zugzwang gesetzt. Einmal durch das elende politische Prinzip, die Hausaufgaben nicht zu machen. Also nicht die bestehenden Probleme (z.B. bei Asylende und Abschiebung) zu lösen, ehe weitergemacht wird (mit mehr Zuwanderung). Zum anderen durch den laufenden Versuch, Tatsachen am Mehrheitswillen vorbei zu schaffen, die dann womöglich nicht mehr korrigiert werden können. Da ist Randalé programmiert, Bürgerproteste bis hin zum Volksaufstand; spätestens wenn die Flüchtlings-Immigranten massenweise Bleiberecht kriegen.

Es gibt viele Menschen, welche die Einhaltung der Gesetze fordern, die dabei mitbestimmen möchten, wer zu uns kommen darf, und die über andere Formen der Hilfe reden möchten. Sie aus dem deutschen Schuldkomplex heraus als Nazis zu verunglimpfen, ist nicht zielführend und nicht zutreffend. Es geht hier schließlich nicht gegen Teile unserer Bevölkerung, sondern um Hilfe für Fremde.

Medien-Links:

Kriegsfolgen und Wiedergutmachung (Bundesfinanzministerium 2018):

https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/Vermögensrecht_und_Entschädigungen/Kriegsfolgen_Wiedergutmachung/kriegsfolgen_wiedergutmachung.html

Der Schuldkomplex: Vom Nutzen und Nachteil der Geschichte für Europa (Pascal Bruckner 2008): *In dem Essay geht es gegen den "westlichen Masochismus" und die in Europa verbreitete Haltung, sich jeder erdenklichen historischen Schuld zu bezichtigen.* - <https://www.amazon.de/Schuldkomplex-Nutzen-Nachteil-Geschichte-Europa/dp/3570550451>
